

Johannes Schrapf.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

07. Juni 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

die Europawahl liegt jetzt zwei Wochen hinter uns. Trotz des schlechten Wahlergebnisses, habe ich Andrea Nahles Rücktritt zu diesem Zeitpunkt nicht erwartet. Ich habe sehr großen Respekt vor ihr und bin ihr für ihre gute Arbeit und für die konstruktive Zusammenarbeit sehr dankbar. Wie der Abgang eingeleitet wurde, gibt mir zu denken. Man kann sich fragen, ob wir den Solidaritätsbegriff wirklich leben. Ich finde daran müssen wir arbeiten und der Umgang hat kein gutes Licht auf uns geworfen. Die Frage nach einem Ende des Berliner Bündnisses steht für mich aktuell nicht an. Wir haben noch große Themen vor der Brust. Im Herbst werden wir uns in der Halbzeitbilanz kritisch mit den letzten Monaten auseinandersetzen. Auch in dieser Sitzungswoche haben wir wieder gute Gesetze wie z.B. die Stärkung des Zolls auf den Weg gebracht. Damit sorgen wir dafür, dass mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt herrscht.

Breit debattiert wurde auch das Geordnete-Rückkehr-Gesetz. Es enthält Regelungen, denen ich ablehnend gegenüber stehe. Allerdings ist der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit ein Kompromiss zwischen den Koalitionsfraktionen und als solcher zu bewerten. Ohne den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen wären die Asylverschärfungen des Bundesinnenministers weit umfassender ausgefallen. So konnten wesentliche rechtliche Prüferfordernisse für Abschiebungen sowie Rechte von Geflüchteten erhalten und für humanitäre Bedingungen bei Abschiebungen insbesondere für Minderjährige, Familien und vulnerable Gruppen gesorgt werden. Zudem konnte die SPD auch wesentliche Verbesserungen für Geflüchtete mit Duldungsstatus und in Ausbildung erzielen. Gleichzeitig wird ein deutlich moderneres und den Herausforderungen angemesseneres Zuwanderungsrecht geschaffen. Das ist ein wichtiger Verhandlungserfolg der SPD.

Auch wenn der Gesetzentwurf nicht vollends unsere Erwartungen erfüllt, so garantiert er doch, dass die Menschenrechte eingehalten und die Menschenwürde gewahrt werden. Zusammen mit dem Ausländerbeschäftigungsfördergesetz, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sowie dem Duldungsgesetz regeln wir eine Vielzahl offener Fragen im Ausländer- und Asylrecht neu und sorgen dafür, dass sich Menschen, die bei uns bleiben können schneller und besser integrieren und eine Zukunft in Deutschland aufbauen können. Die ausführlicher Erklärung findet Ihr auf meiner Homepage: <https://bit.ly/2Wuzy7E>
Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer




Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Bürgerfrühstück in Negenborn
— Internationaler Museumstag
— beim Museumsfest in Frenke
- Seite 3** — Besuch der Teilhabeberatung
— Kuratorium des Europäischen
Netzwerks Erinnerung
und Solidarität
- Seite 4** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 5** — Besuchergruppen in Berlin
- Seite 6** — Jugendpressetage der
SPD-Bundestagsfraktion

Ihr findet mich auch bei:



BÜRGERFRÜHSTÜCK IN NEGENBORN



Am letzten Sonntagvormittag war es wieder Zeit für ein tolles Bürgerfrühstück. Dieses Mal gab es ganz viel Resonanz in Negenborn im Sport- und Gemein-

schaftshaus. Ich habe mich sehr über die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Unterstützung vor Ort gefreut. Mit dabei war natürlich auch unsere

Kandidatin für das Amt der Samtgemeinde-Bürgermeisterin Christine Barner für Bevern. Ich habe aus Berlin berichtet, viele Fragen zur Europawahl beantwortet und alle die dabei waren sind bei einem gemütlichen Frühstück wunderbar ins Gespräch gekommen. So soll es sein! Auch in den nächsten Wochen und Monaten wird es weitere Bürgerfrühstücke geben.



INTERNATIONALER MUSEUMSTAG 2019 IN FRENKE



Der Internationale Museumstag 2019 wurde in Frenke mit einem großen Museumsfest begangen. Der Internationale Museumstag wird vom Internationalen Museumsrat ICOM seit 1978 jährlich um den 18. Mai ausgerufen. Ziel

ist, auf das breite Spektrum der Museumsarbeit und die thematische Vielfalt der Museen in aller Welt aufmerksam zu machen. Jahr für Jahr begehen seitdem Museen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit

diesen gemeinsamen Tag. Begleitet von bestem Wetter gab es Flohmarkt, Kaffee und Kuchen, Ausstellungen, Bratwurst und Pommes und ganz viele tolle Gesprächsmöglichkeiten bei bester Laune.

BESUCH BEI DEN UNABHÄNGIGEN TEILHABEBERATUNGEN



Im Rahmen meiner Besuche der Unabhängigen Teilhabe-Beratungen in Hameln und Holzminden, habe ich mich von dem im letzten Jahr erarbeiteten Konzept überzeugen können. Im Gespräch mit dem Vereinsvorsitzenden Norbert Raabe und Beraterin Josina Starke erläuterten diese die Arbeit der Beratungsstelle in Hameln. Die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) unterstützt und berät Menschen mit Behinderungen, von Behinderung bedrohte Menschen, aber auch deren

Angehörige unentgeltlich bundesweit zu Fragen der Rehabilitation und Teilhabe. Seit Beginn der Beratung im August 2018 haben bereits 213 Beratungen stattgefunden. Sie ist in bester Lage im FIZ in Hameln untergebracht, somit haben die Besucherinnen und Besucher nur eine Anlaufstelle und auch die Möglichkeit, sich direkt weiter informieren zu können. Das es bereits 12 Interessenten gibt, die sich im Rahmen einer Peer to Peer Beratung vorstellen können, Menschen mit Beeinträchtigungen

zu beraten, zeigt, dass das Konzept sehr gut angenommen wird. Meine Vorgängerin Gabriele Lösekrug-Möller hat sich sehr dafür eingesetzt, dass Menschen mit Beeinträchtigten von selbst betroffenen beraten werden können. In der Unabhängigen Teilhabe-Beratung in Holzminden wurde mir berichtet, das sich die Mitarbeiter in häufiger Kommunikation mit den ortsansässigen Betrieben befinden. Dabei geht es in den meisten Fällen um die berufliche Bildung, berichtet Frau Stapel die seit April 2018 eine halbe Stelle bekleidet. Im Zeitraum April 2018 bis zum Jahresende haben ca. 85 Beratungen stattgefunden. Im Gespräch wurden auch Anlaufschwierigkeiten der neuen Beratungsform angesprochen, die ich an die Fachpolitiker in Berlin weiter geben werde.

KURATORIUM SMITGLIED BEIM EUROPÄISCHEN NETZWERKS ERINNERUNG UND SOLIDARITÄT



Am Mittwoch wurde ich als eines von zwei Mitgliedern des Deutschen Bundestages ins Kuratorium des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität (ENRS) berufen. Die feierliche Ernennung fand im Dienstsitz der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien statt. Neben der Ernennung der neuen Mitglieder im Kuratorium und im wissenschaftlichen Beirat des Netzwerks, wurden auch die ausscheidenden Mitglieder gebührend verabschiedet. Das ENRS fördert den Dialog über die

Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, indem es Projekte, Konferenzen, Workshops, Exkursionen und Ausstellungen veranstaltet. Mitglieder sind neben Deutschland auch Polen, die Slowakei, Ungarn und Rumänien. Durch die Förderung vertrauensvoller Zusammenarbeit trägt die Institution zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur bei. Ich halte diese Aufgabe für außerordentlich wichtig und freue mich auf die neue Herausforderung.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbruch schaden uns allen. Durch hinterzogene Steuern und Sozialabgaben können wichtige öffentliche Aufgaben nicht finanziert werden. Den vielen ehrlichen Unternehmen, die sich unfaire Konkurrenz ausgesetzt sehen, schaden sie genauso wie den betroffenen Beschäftigten selbst, weil Regelungen zu Mindestlohn und Arbeitsschutz und die soziale Sicherung für sie nicht gelten. Auch Arbeitslose werden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, da sie dadurch weniger Chancen auf eine legale Beschäftigung haben.

Der Zoll hat alleine in den letzten beiden Jahren Schäden in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aufgedeckt, die u. a. durch illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbruch entstanden sind. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, der diese Woche in zweiter und dritter Lesung im Deutschen Bundestag beraten wird, soll die zuständige Sondervereinbarung beim Zoll gestärkt werden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) erhält dadurch zusätzliche Befugnisse und deutlich mehr Personal. Es ist bereits im Haushalt vorgesehen, die FKS bis zum Jahr 2026 von heute bundesweit rund 7.900 auf dann mehr als 10.000 Stellen aufzustocken.

Mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung

Die reibungslose und sichere Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteln muss eine Selbstverständlichkeit sein. Das vorliegende Gesetz, das wir diese Woche im Bundestag in zweiter und dritter Lesung beraten, soll Arzneimitteltherapien im Sinne der Patientensicherheit verbessern. Dazu werden unter anderem Aufsicht und Kontrolle von Apotheken bei der Herstellung und Abgabe von Krebsarzneimitteln deutlich verschärft und die Herstellung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln durch Heilpraktiker eingeschränkt. So kann das Bundesgesundheitsministerium beispielsweise künftig die Herstellung von Arzneimitteln verbieten, wenn diese nicht den Anforderungen des Arzneimittelgesetzes entsprechen. Der Bund soll außerdem künftig mehr Befugnisse bei Arzneimittelrückrufen und den Kontrollen der Hersteller in Drittstaaten bekommen. Für Versicherte wird außerdem die Zuzahlung entfallen, wenn ein Arzneimittel wegen Qualitätsmängeln zurückgerufen wird. Außerdem soll der Therapiewechsel bei Cannabis als Medizin erleichtert und entbürokratisiert werden.

Der Gesetzesentwurf sieht darüber hinaus einen Fahrplan zur Einführung des elektronischen Rezepts vor, das die Versorgung der Patientinnen und Patienten

mit notwendigen Arzneimitteln erleichtern und modernisieren wird.

Entwurf eines Hebammenreformgesetzes

Das Hebammenreformgesetz, das wir diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten, soll dafür sorgen, dass die Hebammenausbildung moderner und attraktiver wird. Denn Hebammen helfen bei einem guten Start ins Leben und leisten somit eine für unsere Gesellschaft unverzichtbare Arbeit. Künftig werden angehende Hebammen in einem dualen Studium mit hohem Praxisanteil ausgebildet.

Insgesamt soll das duale Studium mindestens sechs und höchstens acht Semester dauern und wird mit einem Bachelor und einer staatlichen Prüfung abgeschlossen. Der Abschluss ist Voraussetzung, um die Berufsbezeichnung „Hebamme“ führen zu dürfen. Die angehenden Hebammen erhalten während des gesamten Studiums eine Vergütung. Grundsätzlich kann jeder das Studium beginnen, der oder die eine zwölfjährige allgemeine Schulausbildung bzw. eine abgeschlossene Ausbildung in einem Pflegeberuf hat.

Mit dieser Ausbildungsreform wird zugleich die Berufsanerkennungsrichtlinie der Europäischen Union umgesetzt. Das Gesetz soll Anfang 2020 in Kraft treten.

BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN**03. Juni 2019****06. Juni 2019****Schülerinnen und Schüler aus dem 10. Jahrgang des Viktoria-Luise-Gymnasiums**



JUGEND- PRESSETAGE

Du bist 16-19 Jahre alt und interessierst dich für politischen Journalismus? Wir bieten dir einen spannenden Blick hinter die Kulissen.

BEWIRB DICH JETZT!

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt vom 23. bis 25. Oktober 2019 rund 75 Jugendliche aus ganz Deutschland zu den 13. Jugendpresstagen in Berlin ein. Sie erwartet ein interessantes und abwechslungsreiches Programm, das einen Einblick in das Zusammenspiel von Medien und Politik in der Hauptstadt bietet. Die Jugendpresstagen der SPD-Bundestagsfraktion sind eine tolle Gelegenheit für junge Menschen mitzuerleben, wie Nachrichten entstehen und Medien über Politik berichten. Sie bekommen dabei sowohl einen Einblick in die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten als auch in den Arbeitsalltag der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ich freue mich, dass auch ein/e Jugendliche/r auf meine Einladung an den Jugendpresstagen teilnehmen kann. Die Nachwuchsjournalistinnen und Journalisten werden bei Ihrem Besuch in Berlin unter anderem aktiv an einer Pressekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Darüber hinaus gehört der Besuch eines Fernsehstudios und einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zum Programm. Ein wichtiger Teil wird dabei auch der direkte Austausch mit Journalistinnen und Journalisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pressestellen und natürlich den Abgeordneten selbst sein. Persönlich freue ich mich besonders auch auf die Gelegenheit, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich für Demokratie und die wichtige Rolle der Medien interessieren. Der Journalismus von morgen ist auf junge Menschen angewiesen, die politisches Handeln kritisch begleiten und hinterfragen. Denn ohne sie wird es unsere Demokratie in Zukunft schwer haben.

listinnen und Journalisten als auch in den Arbeitsalltag der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Ich freue mich, dass auch ein/e Jugendliche/r auf meine Einladung an den Jugendpresstagen teilnehmen kann. Die Nachwuchsjournalistinnen und Journalisten werden bei Ihrem Besuch in Berlin unter anderem aktiv an einer Pressekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion teilnehmen. Darüber hinaus gehört der Besuch eines Fernsehstudios und einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages zum Programm. Ein wichtiger Teil wird dabei auch der direkte Aus-

tausch mit Journalistinnen und Journalisten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pressestellen und natürlich den Abgeordneten selbst sein. Persönlich freue ich mich besonders auch auf die Gelegenheit, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich für Demokratie und die wichtige Rolle der Medien interessieren. Der Journalismus von morgen ist auf junge Menschen angewiesen, die politisches Handeln kritisch begleiten und hinterfragen. Denn ohne sie wird es unsere Demokratie in Zukunft schwer haben.

Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden

Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann